

D-2 Schwarz-rotes Haushaltschaos gefährdet Zukunft Berlins

Gremium: Landesvorstand, Werner Graf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Bettina Jarasch (KV Pankow), Daniela Billig (KV Pankow), Klara Schedlich (KV Reinickendorf), Julia Schneider (KV Pankow), André Schulze (KV Neukoelln), Sebastian Walter (KV Tempelhof-Schöneberg), Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf)

Beschlussdatum: 26.11.2024

Tagesordnungspunkt: Dringlichkeitsantrag

1 Schwarz-Rot kürzt die Stadt zusammen - das richtet sich direkt gegen die Menschen
2 dieser
3 Stadt. So macht die Rückschrittskoalition die von uns mühsam erarbeiteten
4 Weichenstellungen
5 für die Stadt der Zukunft kaputt. Die Koalitionsspitzen haben über ein Jahr und
6 ohne den
7 Sachverstand der Fachverwaltungen in Hinterzimmern getagt, um einen Kahlschlag in der
Sozial-, Klima- und Kulturpolitik sondergleichen zu beschließen und das, ohne die
direkt
betroffenen Projekte und Einrichtungen zu konsultieren. Diese Kürzungen sind
verheerend,
alle Berliner*innen werden das persönlich zu spüren bekommen.

8 In ihrer Rückschrittskoalition wickeln CDU und SPD alle Fortschritte der letzten
9 Jahre ab
10 und verschieben die wichtigste Herausforderung unserer Zeit, den klimaneutralen
11 Umbau
12 unserer Stadt auf den St. Nimmerleinstag . Schwarz-Rot lässt auch die sozialen
13 Träger dieser
Stadt im Stich, greift den Ärmsten der Armen direkt in die Tasche, rasiert den
Klimaschutz
und würgt die Verkehrswende ab. Von den radikalen Streichungen im Kulturbereich,
die vor
allem die vielen Kreativschaffenden ausbaden müssen, ganz zu schweigen.

14 Auf die vollmundigen Ankündigungen, die mit dem völlig überzeichneten
15 Doppelhaushalt, dem
16 Versprechen eines milliardenschweren Sondervermögens für Klimaschutz und
17 peinlichen
18 Sharepics mit Geldsäcken einhergingen, folgten Monate der Streichungs- und
19 Rotstiftdebatten,
20 die noch immer anhalten: Noch bis Ende November dürfen keine Zuwendungsbescheide
21 ausgestellt
22 oder Klassenfahrten gebucht werden, was Planungen für das kommende Jahr
23 verhindert. Bei
vielen Bauprojekten sind Planungen bis auf weiteres gestoppt oder unterbrochen
worden,
deswegen werden Bauruinen wie der halbabgerissene Jahnsportpark das Stadtbild auf
Jahrzehnte
prägen. Die Stadt ein Jahr lang in Unsicherheit zu halten und dann kurz vor
Weihnachten die
Menschen über die Presse in die Arbeitslosigkeit zu schicken, ist einfach nur
verantwortungslos und beschämend. Das hat Berlin nicht verdient!

24 Die Herausforderungen der Haushaltslage Berlins waren bereits lange bekannt:
25 Deshalb einigte
26 sich Rot-Grün-Rot zu Beginn dieser Legislaturperiode auf eine verantwortungsvolle
27 Haushaltspolitik mit einem gesunden Aufwachsen der Ausgaben. Doch statt diesen
28 gedämpften
29 Aufwuchs fortzusetzen, entschied sich Kai Wegner mit seiner Regierung dafür,
30 einen völlig
überzeichneten Haushalt mit ungedeckten Schecks aufzustellen, alle Rücklagen auf
einmal
auszugeben und die Ausgaben innerhalb nur eines Jahres um über 3,4 Milliarden
Euro zu
erhöhen. Nun folgt auf den schwarz-roten Rausch der Versprechungsparty der große
Kater.

31 Mit den vorgelegten Kürzungsentscheidungen gefährdet der Senat insbesondere die
32 soziale,
ökologische und kulturelle Infrastruktur Berlins.

33 **BVG-Notbetrieb wird zur Regel – Funktionsfähigkeit der U-Bahn wird dauerhaft aufs**
34 **Spiel**
gesetzt

35 Der Senat stoppt mit den Kürzungen bei der BVG, der angekündigten Revision des
36 BVG-
37 Nahverkehrsvertrags und der Reduzierung neu zu kaufender U-Bahnwagen nun
38 endgültig die

39 Verkehrswende in Berlin. Statt das U-Bahn-Netz zu stabilisieren und Takte zu
40 verdichten,
41 erklärt der Senat den Notfahrplan kurzum zur Regel für die kommenden Jahre bis
42 2029. Das
43 werden die Berliner*innen spätestens am Bahnsteig durch ausgedünnte Takte und
44 ausfallende
45 Züge zu spüren bekommen.

Gleichzeitig verfolgt die Koalition weiter kostspielige, aus der Zeit gefallene
Straßenbau-
und Sanierungsprojekte wie die Sanierung des Schlangebader Tunnels oder den Bau
der
Tangentialverbindung Ost, statt in Klimaschutz und Verkehrswende zu investieren.
Alleine
diese beiden Projekte kosten Berlin (nach aktuellem Stand) fast eine halbe
Milliarde Euro.

46 **Rückschritt beim Klimaschutz**

47 Der Senat kürzt sogar doppelt bei Klimaschutz und Umwelt: Nachdem zugunsten des
48 großspurig
49 angekündigten Klimasondervermögens bereits 2023 die Mittel für Klima- und Umwelt
50 sowie die
51 Verkehrswende zusammengestrichen wurden, werden hier nun weitere 20 Prozent
52 gekürzt – ohne,
53 dass das Klimasondervermögen oder alternative Finanzierungsformen bisher gekommen
wären. Es
bleibt zu hoffen, dass alternative Finanzierungsmodelle schnell in die Tat
umgesetzt werden
und keine reinen Luftschlösser bleiben. Das zeigt deutlich: Diese Koalition
bringt nicht
mehr, sondern deutlich weniger für den Klimaschutz!

54 **Berlin versenkt seine Kulturlandschaft**

55 Die vorgelegten Kürzungen treffen insbesondere die vielseitige Kulturszene
56 Berlins hart.
57 Viele Künstler*innen, kulturelle Projekte und Einrichtungen, die jahrelang
58 zentrale Arbeit
59 für die Stadt geleistet haben, sind in ihrer Existenz bedroht und werden nun mit
60 einem
61 Vorlauf von wenigen Wochen abgewickelt. Arbeitsräume gehen verloren und
etablierte
Theaterhäuser werden in den Ruin getrieben.
Dieses Vorgehen zeigt, dass der Kultursenator Joe Chialo in seinem Amt

überfordert ist, und

Kai Wegners Regierung weder diese Stadt noch ihre Kulturszene verstanden hat.

62 **Kein Geld für gute Arbeit in der sozialen Infrastruktur – Kürzungen bei der Jugend**

63 Raed Saleh und die SPD rühmen sich immer wieder, das soziale Gewissen der Stadt
64 zu sein. Sie
65 behaupten, dass es keine Kürzungen im Sozialen gebe. Doch das ist glatt gelogen.
66 Soziale
67 Projekte sind ebenso von den Kürzungen betroffen. Hinzu kommt, dass die
68 notwendige Vorsorge
für die Tariferhöhungen 2024 und 2025 komplett gestrichen wird. In der Folge
werden die
Mitarbeitenden entweder keine Lohnerhöhungen bekommen oder aber die Angebote der
Träger
müssen spürbar eingeschränkt werden. Eine Kürzung, die alle Projekte treffen
wird.

69 Besonders hart hat es auch die Jugendarbeit getroffen, die nach dem Jugendgipfel
70 anlässlich
71 der Silvesterausschreitungen 2023 einen Schwerpunkt der Senatsarbeit bilden
72 sollte. Über 10
73 Millionen Euro werden hier für das Jahr 2025 gekürzt. Dabei leisten Verbände der
Jugendarbeit auch wichtige Arbeit für politische Bildung von Kindern und
Jugendlichen – aber
das ist der Rückschrittskoalition offensichtlich egal.

74 All diese Kürzungen werden alle Berliner*innen direkt spüren, sei es, wenn der
75 Jugendtreff
76 schließt, die Schwangerschaftskonfliktberatung keine Termine mehr hat, die
Schuldner*innenberatung ausfällt oder Drogentherapieeinrichtungen schließen.

77 **Mobilitätspolitik ohne Rücksicht auf die Soziale Frage**

78 Das Sozialticket soll künftig 19 statt 9 Euro pro Monat kosten, der Preis wird
79 damit mehr
80 als verdoppelt. Das belastet über 200.000 Abonnent*innen, die ohnehin über
81 geringe Einkommen
verfügen. Das ist nicht nur zutiefst unsozial, sondern auch ein fatales Signal
für eine
Mobilitätspolitik, die allen Menschen in der Stadt Zugang zu Mobilität
ermöglichen sollte.

82 Gleichzeitig verharren die Parkgebühren bei unter einem Euro pro Monat. Auch das
83 ist
84 unsozial, denn wer sich ein Auto nicht leisten kann, dem nützen niedrige
85 Parkgebühren
86 nichts! Von höheren Einnahmen wäre ein Sozialticket finanzierbar, das
einkommensschwachen
Menschen Mobilität ermöglicht. Diese Maßnahme wäre mobilitäts- und
sozialpolitisch
deutlicher sinnvoller gewesen, war aber mit der CDU nicht zu machen.

87 Dies zeigt exemplarisch, wie diese Koalition mit ihren Kürzungsentscheidungen
88 Politik gegen
die Menschen in der Stadt macht und dabei so tut, als sei sie sozial.

89 Zu den Kürzungen in dieser Form hätte es gar nicht kommen müssen, wäre der
90 Haushalt nicht
91 durch die Koalition vollkommen überzogen worden und hätten CDU und SPD unsere
92 Vorschläge für
93 naheliegende (und notwendige) zusätzliche Einnahmen angenommen. Angefangen bei
94 der Anpassung
95 der Grunderwerbsteuer auf den Hebesatz von Brandenburg (6,5 %) oder der
96 Parkgebühren
97 (aktuell 10,20 Euro/Jahr), über die Verpackungssteuer bis zu alternativen
98 Finanzierungsformen über zusätzliche Kreditaufnahmen.

99

Damit nicht genug: Die Koalition baut trotz der Kürzungen weitere Luftschlösser.
Denn auch
mit Schaufensterprojekten wie der Olympiabewerbung Berlins oder den weiteren
Planungen für
die Bebauung des Tempelhofer Felds untermauert Schwarz-Rot, dass sie keine Ahnung
haben, was
diese Stadt braucht.

Die Haushaltskürzungen durch die schwarz-rote Koalition, auf die sich der vorliegende Antrag bezieht, sind am
19.11.2024 - also nach Antragschluss - vom Senat veröffentlicht worden.